

Gemeinnützigkeits-Provisionen.**Herr Stadtrat Josef Müller.**

Es ist unser aller ureigenstes Interesse, die gemeinwirtschaftlichen Ansätze, die sich im Krieg herausgebildet haben, unterfehrt in den Frieden hinüberzuretten und sie nach unseren Bedürfnissen auszubauen. Man erhebt Anklagen gegen die staatliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, gegen den genossenschaftlichen Einkauf, der im Krieg an Ausdehnung gewonnen hat, gegen die Speisegemeinschaften in Kriegs- und Gemeinschaftsküchen, die den Verbrauchern die Nahrungsmittelaufbringung erleichtert und verbilligt haben. Die Beweggründe der Klagen über die Sozialisierung der Wirtschaft sind verschieden. Händler und Erzeuger sehen ihre Profite gefährdet und laufen Sturm, die Verbraucher wieder sehen, daß der Aufbau der Zentralen vielfach fehlerhaft ist und einzelnen Bevorrechteten Gelegenheit zu maßloser Bereicherung gibt, auf der anderen Seite wieder, wie richtig aufgebaute gemeinnützige Einrichtungen von Einzelnen für persönliche Vorteile mißbraucht werden. Der Klagen also gibt es viele. Da gilt nur ein Bestreben: das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, aufrechterhalten was gut ist, Schäden und Schädlinge aber in rastloser Arbeit beseitigen durch eine demokratische Überwachung, ausgeübt von allen, die besseren Zeiten entgegenstreben.

Wir haben gestern Aufklärung verlangt über die Provisionsnehmer in der „Einkaufsstelle der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen in Wien und Niederösterreich“. Da uns bekannt ist, daß wir es mit dickfelligen Herrschaften zu tun haben, wollen wir der Aufklärung ein wenig vorarbeiten. Die Beteiligten werden sich bald zurechtfinden, denn die Luft ist fast rein christlichsozial und Vizebürgermeister Sok, der von der Angelegenheit Einiges weiß, wird, wie wir hoffen, dafür sorgen, daß bald Klarheit werde.

Die „Einkaufsstelle“ ist am 9. Juni des Vorjahres als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Vermögen von 100.000 K gegründet worden. Eingezahlt wurden 80.000 K vom „Zentralverband der gewerblichen Wirtschaftsgenossenschaften G. m. b. H.“, einer Gründung des Landesauschusses Bielehlawetz und weitere 20.000 K vom Zentralverband der Gemeinschafts- und Kriegsküchen. Das verhältnismäßig geringe Gesellschaftsvermögen darf über die Bedeutung der Einkaufsstelle nicht hinwegtäuschen. Der Zentralverband, der ihr Mitglied und Abnehmer ist, speist täglich 130.000 Personen aus, für welche die Einkaufsstelle die Lebensmittel bejorgt. Die Umsätze gehen in viele Millionen und wenn ein geringes Betriebskapital ausreicht, so liegt die Erklärung in den Kriegsverhältnissen, die dem Warengeschäft eine rasende Geschwindigkeit und Gefährlichkeit gegeben haben. Diejenigen die der „Einkaufsstelle“ die Lebensmittel aus der Hand reißen, sind die Kriegsküchen, deren Gäste die Ärmsten der Armen und die Gemeinschaftsküchen, deren Mitglieder Angehörige des verarmten Mittelstandes sind. Bei der Wahl der Geschäftsführer der Einkaufsstelle ist, wie aus der Liste der Geschäftsführer hervorgeht, möglichst auf Parteizugehörigkeit Wert gelegt worden. Geschäftsführer sind: der christlichsoziale Stadtrat Josef Müller, der Direktor der christlichsozialen „Gefam“ Wilhelm Feldmann, der Sekretär der christlichsozialen Wirtschaftsgenossenschaften Franz Zimmerl, der Bezirksrichter Dr. Alexander Eisler und Landesgerichts-

rat Dr. Karl Bucher. Bis auf die letzten Namen ist das Kollegium durchaus ungemischt. Bezirksrichter Dr. Eisler zählt, so unwahrscheinlich es klingt, zu den Mitarbeitern der „Reichspost“. Der Lebensmittelfachmann unter den Geschäftsführern ist Direktor Feldmann. Aber auch Stadtrat Müller hat vielfache Beziehungen zum Lebensmittelhandel. Über ihre Einkäufe ist das Urteil der belieferten Küchen einstimmig: teuer und schlecht, und zwar noch schlechter und noch teurer als die Verhältnisse es bedingen.

Eine sonderbare Beleuchtung erfuhren diese Beschwerden über den Preis und die Beschaffenheit der Waren der Einkaufsstelle durch eine Provisionsgeschichte, die in einer Gemeinschaftsküche aufgedeckt wurde. Die Küche hatte, wie viele andere, über Empfehlung der „Einkaufsstelle“ Einrichtungsgegenstände bei der Firma Seiml und Kasper gekauft, die unerhörte Preise aufrechnete. Zur Rede gestellt und mit einer Anzeige bedroht, erklärte der Geschäftsinhaber Wilhelm Kasper, er habe so hohe Preise anrechnen müssen, weil er Provisionen habe abgeben müssen. Als Provisionsnehmer bezeichnete er u. a. den Stadtrat Müller.

Um diese Angelegenheit werden sich mehrere Stellen kümmern müssen. Zunächst der Bürgermeister, der zu untersuchen haben wird, ob die Beschuldigung richtig ist, daß einer seiner Stadträte bei einer gemeinnützigen Wohlfahrtseinrichtung Provisionen verdiene. Dann die „Einkaufsstelle“. Sie wird untersuchen müssen: erstens, ob die Beschuldigung zutrifft, zweitens, wenn ja, ob der Stadtrat Müller sich mit den Provisionen bei den Geschirrlieferungen begnügt und ob er nicht Mitschuldige hat. Es besteht begründeter Verdacht, daß dem so ist. Endlich wird das Ernährungsamt seine Leichtsinnigkeit gutmachen müssen, da es zugegeben hat, daß die Leitung einer wichtigen Verpflegkörperschaft wahllos mit christlichsozialen Protektionskindern besetzt wurde. Die Provisionsgeschichte des Stadtrates Müller muß eine Interjuruckung sämtlicher Lebensmitteleinkäufe der Einkaufsstelle zur Folge haben und die Untersuchung muß von unabhängigen Staatsbeamten geführt werden. Es ist zu befürchten, daß sonst Rücksichten geübt werden, die angesichts der Tatsache nicht am Platze sind, daß Herr Müller sich einen Provisionstribut auf Kosten geplagter, hungriger Gemeinschaftsküchengäste zahlen ließ. Wir geben auch hier unserem Erstarrten Ausdruck, daß Herr Vizebürgermeister Sok, der die Angelegenheit — vielleicht nicht ganz genau aber immerhin doch — kennen muß, es nicht der Mühe wert gefunden hat, den Wegen des Herrn Stadtrates und Parteigenossen nachzugehen und für Keilichkeit zu sorgen.